

Foto: dpa

Angela Merkel

Herzlichen Glückwunsch!

Persönlich und im Namen der CDU Deutschlands gratuliere ich Helmut Kohl herzlich zu seinem 75. Geburtstag.

Dieser Tag ist Anlass, an die herausragenden Verdienste von Helmut Kohl als langjährigem Vorsitzenden der CDU und als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu erinnern. Er

zählt zu den bedeutendsten Staatsmännern des 20. Jahrhunderts und hat sich um unser Vaterland herausragende Verdienste erworben.

Helmut Kohl hat als Bundeskanzler die Regierungsverantwortung in schwierigen Zeiten übernommen. Er hat Deutschland durch eine kluge Politik reformiert und zu neuer

INHALT

Angela Merkel
Papst Johannes Paul II:
Abschied mit
Dankbarkeit und Respekt

Seite 3-4

Eine Ära geht zu Ende:
Erwin Teufel:
Erfolgreich, weil
menschlich

Seite 5-7

HEUTE AKTUELL

■ Gemeinsam gewinnen für NRW! (S. 8-9) ■ Schröder handelt immer noch nicht! (Seite 10) ■ A. Vaatz: Clement leidet an Realitätsverlust (S. 10) ■ K.-J. Laumann: Keine Entwarnung am Arbeitsmarkt (S. 11) ■ R. Pofalla: Clement: Jobkiller Nr. 1 in Deutschland (S. 11) ■ Flugblatt der Woche: Schröder ist Schlusslicht-Kanzler (S. 13) ■ Stabilitätspakt: Nicht aufweichen! (S. 14) ■ H.-G. Pöttering: Bedauerlicher Rückschritt! (S. 15) ■ Erklärung des EZB-Rats (S. 15) ■ A. Laschet, E. Brok: EU-Waffenembargo gegenüber China nicht aufheben! (S. 16-17) ■ W. Zöller: Rot-Grün: Zumutung für die Rentner (S. 18) ■ D. Wöhl: Wachstumsprognose: Keine Trickereien! (S. 19-20) ■ Senioren-Union weist „Anbiederung“ der Grünen zurück (S. 19) ■ D. Austermann: Nachtragshaushalt sofort! (S. 20) ■ BACDJ zum Antidiskriminierungsgesetz (S. 21)

► wirtschaftlicher Stärke geführt. Als Kanzler der Deutschen Einheit hat Helmut Kohl Geschichte geschrieben. In einer historisch einmaligen Situation hat er das einzig Richtige getan und beherzt die Chance zur Wiedervereinigung des Landes in Frieden und Freiheit ergriffen. Gerade die Menschen im Osten Deutschlands haben immer gespürt, dass ihm die Deutsche Einheit ein echtes Herzensanliegen war. Als aufrechter Demokrat hatte er sich nie mit der Diktatur in der DDR abgefunden und auch dann am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten, als andere dies längst aufgegeben hatten.

Helmut Kohl hat Politik immer aus Liebe zu seinem Land und, fest geborgen im christlichen Glauben, auf der Grundlage klarer Werte gestaltet. Er hat dabei auch als Staatsmann nie die Bodenhaftung und den Kontakt zu den Bürgern im Land verloren.

Heimatverbundenheit und Weltoffenheit sind für ihn keine Gegensätze sondern Ergänzungen. So hat er

sich auch in Europa und der ganzen Welt ein Vertrauen und Ansehen erarbeitet wie kein anderer deutscher Politiker und ist zu einem der wichtigsten Architekten der Europäischen Einigung geworden. Aus den furchtbaren Erfahrungen, die Europa im 20. Jahrhundert in zwei Weltkriegen machen musste, hat Helmut Kohl die richtigen Lehren gezogen. Seine Europapolitik war im Kern höchst erfolgreiche Friedenspolitik.

Helmut Kohl war 25 Jahre Vorsitzender der CDU Deutschlands. Er hat die CDU zu einer modernen Volkspartei der Mitte gemacht und zu großen Erfolgen geführt. Die CDU war und ist seine politische Heimat. Die CDU Deutschlands und Helmut Kohl sind untrennbar miteinander verbunden – in guten wie in schwierigen Zeiten.

Auch im Namen des Bundesvorstands der CDU und im Namen aller Mitglieder wünsche ich Helmut Kohl für die Zukunft alles Gute, vor allem Gesundheit und Gottes Segen!

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Pöttlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Abschied mit Dankbarkeit und Respekt

Mit tiefer Trauer haben wir die Nachricht vom Tod Papst Johannes Paul II. aufgenommen. Mit Johannes Pauls II. verliert die Welt nicht nur eine große Gestalt der Kirchengeschichte, sondern auch eine Persönlichkeit, deren Wirken einen großen Platz in der Weltgeschichte einnehmen wird.



Angela Merkel trägt sich in der Apostolischen Nuntiatur in das Kondolenzbuch ein.

Dieser Papst aus dem einst kommunistisch beherrschten Polen hat mit den ihm gegebenen Möglichkeiten – die einst Stalin veranlasst hatten, die spöttische Frage zu stellen, über wie viele Divisionen ein Papst verfüge – erheblichen Einfluss auf den historischen Wandel im Osten Europas genommen. Er hat einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Diktaturen und des Eisernen Vorhangs quer durch Europa geleistet. Gerade wir Deutsche werden uns immer wieder mit großer Dankbarkeit an Papst Johannes Paul II. erinnern: Seinem unerschütterlichen Eintreten für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ist es mit zu verdanken, dass der menschenverachtende, totalitäre Anspruch des Kom-

munismus erschüttert, der gefährliche und spannungsreiche Ost-West-Gegensatz beendet und unser Vaterland nach langen Jahren der schmerzvollen Spaltung wieder vereinigt werden konnte. In der Geschichte Europas wird Johannes Paul II. einen bleibenden Platz als einer der großen geistigen Wegbereiter des geeinten Kontinents einnehmen.

Papst Johannes Paul II. war Bischof von Rom; er hat sich aber immer auch als „Weltseelsorger“ verstanden. Als solcher praktizierte er weltumspannende Katholizität. Bis ins hohe Alter hinein hat er sich nicht geschont und viele Länder und Völker besucht. Wohin auch immer ihn seine Reisen geführt haben: Überall wurde er – über Konfessionsgrenzen hinweg – als moralische Autorität

und als ein Zeichen der Hoffnung von den Menschen wahrgenommen. Seine besondere Zuwendung galt vor allem den armen und benachteiligten Regionen der Erde.

Aus seinem Glaubens- und Amtsverständnis heraus konnte er mit einer tief beeindruckenden

Glaubwürdigkeit auch auf andere christliche Kirchen, auf die Vertreter der anderen großen Weltreligionen und selbst auf Menschen zugehen, denen der Glaube an einen Gott fremd geblieben oder fremd geworden war. In einer an überzeugenden Vorbildern armen Zeit hat er nachdrückliche Zeichen gesetzt, die von den Menschen verstanden und dankbar angenommen worden sind. Zu Recht ist er als „personalisiertes Weltgewissen“ bezeichnet worden.

Papst Johannes Paul II. hat unermüdlich – und das macht das Geheimnis seines Wirkens aus – den Menschen eine Botschaft verkündet, die in der modernen, säkularen Welt kaum noch vorkommt: Er hat immer wieder mit großem Ernst und intensiver persönlicher Anteilnahme

über das Gelingen und das mögliche Scheitern menschlicher Existenz gesprochen. Und er hat aufgezeigt, welche Angebote der christliche Glaube bereithält, damit das Leben eines Menschen Sinn

und Ziel finden kann. Gerade in Zeiten tief greifenden Wandels und hoher Verunsicherung ist dieser Dienst an den Menschen besonders wichtig. Mit diesem besonderen Charisma gelang es ihm, auch junge Menschen anzusprechen und sie in ihrem Engagement für eine gerechtere und friedlichere Welt zu bestärken.

Dabei waren die Botschaften des Papstes, seine Ansichten und Forderungen, niemals bequem. Sie waren vor allem nie zeitgemäß im Sinne des oft anzutreffenden Missverständnisses, dass der moderne Zeitgeist immer auch schon die Wahrheit sei. Seine Kritiken an modernen Glücksbotschaften nach dem Motto „anything goes“ und dem Verlangen nach uneingeschränkter materieller Bedürfnisstillung, seine eindringlichen Warnungen vor dem Irrtum, alles was machbar ist, auch für erlaubt zu halten, wiesen stets klare Alternativen auf und bleiben



Verneigung vor dem toten Papst: Angela Merkel und die deutsche Delegation

Foto: ap

über seinen Tod hinaus bedeutsam.

Mit der öffentlichen Anerkennung, dass auch die Katholische Kirche im Laufe ihrer Geschichte Schuld auf sich geladen habe, hat er ein Zeichen von historischem Rang gesetzt. Er hat die Spaltung der Christenheit, die Anwendung von Gewalt bei der Missionierung fremder Völker und die auch von Christen zu verantwortenden Verfolgungen von Juden vor aller Welt beim Namen genannt. Mit seiner nachdrücklichen Bitte um Vergebung hat Papst Johannes Paul II. einen Weg zur Versöhnung zwischen Religionen und Kulturen gewiesen.

Der alternde Papst litt – sichtbar für die gesamte Weltöffentlichkeit – an schweren Erkrankungen. Er hat diese mit großer Geduld und eiserner Selbstdisziplin ertragen. Dies war seine Form, Zeugnis abzulegen von dem Glauben, aus dem er lebte und von der Hoffnung,

die ihn stark sein ließ. In einer Welt, in der dem körperlichen Leid in vielen Gesellschaften nicht mehr selbstverständlich Raum gegeben wird, hat er mit seiner Haltung ein kostbares Zeichen gesetzt: Man wird dem Menschen in allen seinen Dimensionen nicht gerecht, wenn nur Jugend, Gesundheit und volle Leistungsfähigkeit die Kriterien zur Beurteilung seines Wertes bilden. Gerade diese tapfere Demonstration wahrer Humanität hat mich tief beeindruckt. Das Gespräch mit Johannes Paul II. im Mai 2003 war für mich als CDU-Vorsitzende, aber auch ganz persönlich, ein sehr bewegendes Erlebnis. Es wird mir unvergesslich bleiben.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands nimmt mit Dankbarkeit und Respekt Abschied von einer großen Persönlichkeit. Sie wird Papst Johannes Paul II. stets ein ehrendes Gedenken bewahren. (von Angela Merkel)

Eine Ära geht zu Ende

Erwin Teufel: Erfolgreich, weil menschlich.

Am 19. April 2005 tritt mit Erwin Teufel der dienstälteste Ministerpräsident Deutschlands zurück.

Seit 1991 bestimmt er als Regierungschef die Geschichte von Baden-Württemberg. Mit Gestaltungswillen, Verlässlichkeit, Bodenhaftung und seinem Kontakt zu den Menschen konnte Teufel (Lebensmotto: „Kämpferisch im Geiste, friedliebend mit dem Herzen“) große Erfolge für die CDU und für Baden-Württemberg erreichen.

Erwin Teufel wurde 1939 geboren; mit 14 trat er in die CDU ein; mit 17 gründete er zusammen mit Heiner Geißler die Junge Union in Rottweil. Nach einer Verwaltungsausbildung durchlief der überzeugte Katholik eine steile politische Karriere: Im Alter von 25 Jahren wurde er zum Bürgermeister von Spaichingen gewählt. Mit 32 Jahren Wahl in den Landtag und Ernennung zum Staatssekretär. Von 1978 bis 1991 war er Fraktionschef im Landtag, seit 1991 CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.

Erwin Teufel übernahm die Regierung in Baden-



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel mit Erwin Teufel auf dem Bundesparteitag

Württemberg in einer schwierigen Zeit: Anfang der 1990er Jahre hatte das Land erhebliche Einbrüche beim Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Unter Führung von Erwin Teufel ging die Regierung die Struktur-schwächen konsequent an und investierte in neue, wettbewerbsfähige Strukturen und Branchen, in Forschung und Infrastruktur. Dies geschah vor allem durch vier „Zukunftsoffensiven Junge Generation“, mit einem Gesamtvolumen von gut 1,7 Milliarden Euro. Mit der Landesstiftung Baden-Württemberg legte er den Grundstock für eine kontinuierliche Förderung von Wissenschaft, Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

auch in finanziell schwierigen Zeiten.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Das Modell „Investieren in die Köpfe der Menschen“ hatte Erfolg: Seit 1997 hat Baden-Württemberg die geringste Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Relation zur Zahl der Erwerbstätigen sind seit 1991 die meisten neuen Jobs, die in Deutschland geschaffen wurden, in Baden-Württemberg entstanden. Die Maxime der CDU „Sozial ist, was Arbeit schafft“ erfüllte Teufel in hervorragender Weise. Auch die regional ausgewogene Entwicklung in allen Regionen ist ein Mar-

Foto: dpa



Lothar Späth gratuliert dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Erwin Teufel, nach dessen Wahl am 22.01.1991 im Landtag in Stuttgart.

kenzeichen des Landes: Beim Landkreistest von „Focus Money“ platzierten sich 43 der 44 Kreise Baden-Württembergs in der ersten Hälfte des Bundesgebietes.

Wie kein anderes Land hat Baden-Württemberg von 1991 bis 2005 in Schule und Berufsausbildung, in Wissenschaft und Forschung investiert. Erwin Teufel machte immer deutlich, dass Bildung und Qualifizierung, Forschung und Wissenschaft die Voraussetzungen dafür sind, dass im Südwesten auch in Zukunft gutes Geld verdient wird: So wurden in den vergangenen 14 Jahren 11.560 Lehrerstellen neu geschaffen. Der Lohn: einer der Spitzenplätze bei der PISA-Studie, Platz 1 bei der Grundschulstudie IGLU. Bei den Bildungs- und Hochschulreformen

war und ist Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter: Absenkung des Einschulungsalters, Einführung des Fremdsprachenunterrichts in Grundschulen, Abitur nach acht Jahren, und die Stärkung der Naturwissenschaften. Das neue Hochschulgesetz stärkt die Hochschulleitung

(Vorstand und Aufsichtsrat), ermöglicht leistungsorientierte Finanzierungen, umfassende Studienstrukturreformen (Bachelor-/Master-Modell) sowie mehr Eigenverantwortung der Hochschulen.

Land der Tüftler

Baden-Württemberg wird oft als Land der Tüftler bezeichnet. Eine Einschätzung, die durch die Politik von Erwin Teufel unterstrichen wird: Baden-Württemberg ist das Hochschulland Nr. 1 in Deutschland und eine der hochschulreichsten Regionen Europas: Nirgendwo gibt es mehr Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien. Die überragende Stellung als Forschungsland wurde in der



Der alte und neue baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel wird am 13.6.2001 im Stuttgarter Landtag vereidigt. Zuvor war der 61-Jährige vom Landtag für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt worden.

Foto: dpa

Regierungszeit von Erwin Teufel weiter ausgebaut. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2001 12 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung in Wirtschaft, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen ausgegeben – ein Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 3,9% – ein Spitzenplatz. Zum Vergleich: Die High-Tech-Nation USA investiert 2,7% ihres BIP in Forschung und Entwicklung. Diese Investitionen haben Folgen: Pro Kopf der Bevölkerung werden in Baden-Württemberg doppelt so viele Patente angemeldet wie im Bundesdurchschnitt.

Neben dem Bildungsreich ist die Innere Sicherheit eine der originären Kompetenzen der Länder: Auch auf diesem Gebiet legte Erwin Teufel einen Schwerpunkt. Unter anderem wurde ein Technik-Zukunftsprogramm zur besseren Ausstattung der Polizei in Höhe von 348 Mio. Euro aufgelegt und zum Ausgleich der Grenzöffnungen in Europa anlass- und ereignis-unabhängige Polizeikontrollen eingeführt: Der Lohn sind ein Spitzenplatz bei der geringsten Kriminalität und eine markant höhere Aufklärungsquote als im Bundesdurchschnitt.

Ein weiterer Wesenszug von Erwin Teufel ist, dass er

im Stillen die großen Linien seiner Politik entwickelt, um sie dann konsequent umzusetzen. Beispiele sind die schwierigen Strukturreformen, wie die Fusionen auf dem Banken-, Energie- und Rundfunksektor. Damit gelang es ihm, die innere Einheit des Landes und gleichzeitig den Standort Baden-Württemberg zu stärken. Auch die große Verwaltungsreform trägt seine Handschrift: Unter dem Motto „schlank, stark, bürgernah“ wurden von 450 Landesbehörden 350 abgebaut, zusammengelegt oder eingegliedert.

Europa als Friedensgemeinschaft

Erwin Teufel ist überzeugt von der Idee „Europa als Friedensgemeinschaft“.

Er arbeitete als Vertreter des Bundesrates im Europäischen Konvent mit. Dort erreichte er die Aufnahme des Subsidiaritätsprinzips als grundsätzlichem Ordnungsprinzip in die künftige Europäische Verfassung. Regionen und Kommunen Europas werden damit als eigenständige Ebenen im Aufbau Europas mit eigenen Kompetenzen anerkannt.

Wenn Erwin Teufel sich am 19. April von seinem Amt als Ministerpräsident zurückzieht, kann er auf eine Zahl besonders stolz sein: 77 % der hiesigen Bevölkerung geben an, mit ihrem Leben in Baden-Württemberg zufrieden zu sein, dies ist der höchste Wert bundesweit und sicherlich auch ein Ergebnis seiner erfolgreichen CDU-Politik für Baden-Württemberg.



Volker Kauder, Generalsekretär der CDU Deutschlands und langjähriger Wegbegleiter Erwin Teufels, bringt es auf den Punkt.

Gemeinsam gewinnen für NRW!

Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geht in seine heiße Phase.

Nach dem Motto „gemeinsam sind wir stark“ treten in dieser Phase verstärkt Mitglieder des Bundesvorstands zusammen mit den Kandidaten für die Landtagswahl bei deren Wahlveranstaltungen auf. So war CDU-Generalsekretär Volker Kauder unter anderem zu Gast beim Kreisverband Coesfeld und im Rhein-Erft-Kreis.

500 begeisterte Menschen in einem gläsernen Autohaus, das zum zentralen Wahlkampfforum umfunktioniert wurde, konnten in Lüdinghausen live miterleben, wieder regionale Kandidat Werner Jostmeier Mdl und Generalsekretär Volker Kauder mit Elan auf die Zielgerade des Wahlkampfes einbogen. Höhepunkt der Veranstaltung: Stehende Ovationen für Kauder und Jostmeier, als sie gemeinsam auf der Bühne das Ziel noch einmal formulierten: Rot-Grün muss weg! Und dass Volker Kauder nicht nur verbal „hämmern“ kann, bewies er eindrucksvoll: Zusammen mit Werner Jostmeier



schmiedete er bei seiner Ankunft an der mobilen „Zukunftsschmiede Jostmeier“ ein Glücks-Hufeisen für NRW. Mit der Kraft der CDU und ein bisschen Glück geht es nach dem Wechsel mit NRW wieder aufwärts, sagte der „General“ mit dem Hammer in der Hand.

Mit einer engagierten Rede trat Volker Kauder, Generalsekretär der CDU, bei seinem Besuch in der Schlossstadt Bedburg im Rhein-Erft-Kreis für einen Politikwechsel in NRW ein. „Das Land braucht eine andere politische Farbe, um endlich wieder voranzukommen“, forderte Volker Kauder in seiner Rede im Rittersaal des Bedburger Schlosses und versprach Unterstützung aus Berlin für den nordrhein-westfälischen Wahlkampf.

Schonungslos führte der

Generalsekretär Punkt für Punkt aus, dass Nordrhein-Westfalen in den zentralen Politikfeldern Wirtschaft, Bildung und Finanzen weit hinter anderen Bundesländern zurückliegt. „Die Kinder in NRW sind nicht dümmmer als andere

Kinder“, erklärte Kauder etwa mit Blick auf das schlechte Abschneiden des Landes beim PISA-Test, „aber sie erhalten weniger Unterricht und damit weniger Chancen für die erfolgreiche Gestaltung ihres Lebensweges“.

Auch die Bundespolitik nahm der CDU-General bei seiner Rede in den Blick. So appellierte er an Ministerpräsident Steinbrück, dafür zu sorgen, dass die SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW im Bundestag gegen das Antidiskriminierungsgesetz stimmen. „Steinbrück wird doch wohl fünf seiner SPD-Leute für seine Position gewinnen können“, so Kauder. Jetzt könne Steinbrück zeigen, wie ernst es ihm mit seinen vorgetragenen Forderungen nach einer Ablehnung des Antidiskriminierungsgesetzes sei.



Kritik übte Kauder an dem Verhalten der Bundesregie-

rung in der Visa-Affäre. Die Geheimhaltungsklassifizie-

rungen der Akten der Bundesregierung würde eine ordnungsgemäße Befragung von Außenminister Fischer am 25. April unmöglich machen.

Michael Breuer, Kreisvorsitzender der CDU-Rhein-Erft, dankte dem Gast aus Berlin für seinen Besuch. „Nach Ihrer Rede kämpfen wir mit noch mehr Motivation dafür, dass Jürgen Rüttgers am 22. Mai neuer Ministerpräsident dieses Landes wird“, so der Landtagsabgeordnete abschließend.

RÜTTGERS: CLEMENTS WORTBRUCH ZERSTÖRT ZUKUNFTSCHANCEN

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers hat Bundeswirtschaftsminister Clement Wortbruch vorgeworfen.

„Clement hatte öffentlich versprochen, bis Anfang April allen jungen Menschen bis 25 Jahren ein konkretes Angebot für eine Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme zu machen. Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden“, sagte Rüttgers. Einmal mehr bestätigte Clement seinen Ruf als Ankündigungsmister, dessen große Sprüche in keinem Verhältnis zu den Erfolgen seiner Politik stehen.

Rüttgers: „Clements Wirtschaftspolitik und sein

Wortbruch zerstören die Berufschancen vieler junger Menschen.“ Der Wirtschaftsminister habe jetzt einräumen müssen, dass in den alten Bundesländern nur für 20 Prozent der jungen Arbeitslosen, die ALG-II beziehen (insgesamt 181.000), Eingliederungsvereinbarungen geschlossen worden seien. Damit hinke er den selbst gesetzten Zielen wie üblich meilenweit hinterher: „In ganz Deutschland haben 664.000 Menschen im Alter bis 25 Jahren keine Beschäftigung,



Jürgen Rüttgers

allein im größten Bundesland sind es 125.200. Die rot-grüne Bildungspolitik ist gescheitert.

Mehr als jeder zehnte Hauptschüler in unserem Land verlässt

die Schule ohne Abschluss. 2003 waren das 5.623 Schülerinnen und Schüler. Das entspricht 244 kompletten Hauptschulklassen, die in die Perspektivlosigkeit entlassen werden. Rot-Grün ist verantwortlich für die Perspektivlosigkeit dieser jungen Leute“, erklärte Rüttgers.

Schröder handelt immer noch nicht!

Der März ist der dritte Monat in Folge mit der erschreckenden Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen Menschen. Fünf Millionen Menschen und ihre Familien hat die Politik dieser Bundesregierung zu Chancenlosen gemacht!

Dass gerade in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Arbeitslosen sogar weiter gestiegen ist, zeigt: Nicht die Arbeitslosigkeit hat ihren Zenit überschritten – der Zenit von Rot-Grün ist überschritten. Die Regierung sucht Entschuldigungen bei der Statistik und beim Wetter – aber sie handelt nicht. Zum „Job-Gipfel“ musste die Union Schröder erst drängen. Doch statt nun endlich wie vereinbart Gesetzentwürfe zur Ge-



CDU-Generalsekretär Volker Kauder

genfinanzierung einer Unternehmenssteuersenkung vorzulegen, betreibt die Regierung Arbeitsverweigerung. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen, für die die Bundesregierung offensichtlich nichts mehr tun will.

Stattdessen ergeht sich der Kanzler mit seinen Appellen an die Wirtschaft in purer

Hilflosigkeit. Sein Alleingang beim Thema Waffenexporte nach China ist ein weiterer Versuch, von seinem Versagen beim entscheidenden Problem unseres Landes abzulenken.

Wir fordern die Bundesregierung auf: Weg mit dem Antidiskriminierungsgesetz! Mehr Flexibilität durch betriebliche Bündnisse für Arbeit! Runter mit den Lohnnebenkosten durch schnelle Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung! Das wären klare und einfache Schritte, die vor allem wieder für neues Vertrauen von Bürgern und Unternehmen sorgen. „Vorfahrt für Arbeit“ fängt damit an, dass die Regierung endlich an die Arbeit geht!

CLEMENT LEIDET AN REALITÄTSVERLUST

Weil gesamtdeutsch die Arbeitslosenzahlen im März um 41.000 auf 5 176 000 Arbeitslose zurückgegangen ist, erklärte Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, „dass wir den Zenit überschritten haben“.

Die Bundesregierung nimmt damit nicht wahr, dass wir die höchste jemals in der Bundesrepublik gemessene Arbeitslosigkeit in

einem März haben. Die Arbeitslosenquote stieg im Vergleich zum März 2004 bundesweit um 1,6 % und in Ostdeutschland um 1,4 %. Saisonbereinigt hat sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Februar 2005 bundesweit um 92.000 und in Ostdeutschland um 17.000 erhöht.

Mit seiner Kommentierung der neusten Arbeitsmarktstatistik verspottet

Clement die Sorgen der Leute. Die Bundesregierung hat nach einer fast 7-jährigen Regierungszeit ihr Ziel, die Arbeitslosigkeit in Deutschland signifikant zu senken, nicht nur verfehlt, sie hat das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft – besonders in Ostdeutschland.

Arnold Vaatz ist Stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer.

Keine Entwarnung am Arbeitsmarkt

Ein jahreszeitlich bedingter Rückgang von 41.000 Arbeitslosen ist bei einer Gesamtzahl von 5,176 Millionen kein Grund aufzutäumen, zumal saisonbereinigt die Zahl der Arbeitslosen sogar um 92.000 angestiegen ist.

Die überaus mäßige Entlastung am Arbeitsmarkt ist allein dem Ende des Winters zuzuschreiben und beweist damit, dass die Politik von Rot-Grün keinerlei strukturelle Belebung hervorbringt. Schlimmer als die Zahl der Arbeitslosen ist die wiederum gesunkene Zahl der



Karl-Josef Laumann

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf nur noch 26,25 Millionen Personen. Als die Bundesregierung das Hartz-Programm im Sommer 2002 präsentierte, wa-

ren es noch 27,6 Millionen.

Ein Vergleich der Arbeitsmarktzahlen in den einzelnen Bundesländern zeigt außerdem, dass die rot-grün regierten Länder im Schnitt des Jahres 2004 um mehr als zwei Prozentpunkte über der Durchschnittsquote der unionsregierten Länder liegen (11,9 zu 9,6%). Die Botschaft ist klar: Wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland sinken soll, darf Rot-Grün nicht mehr länger regieren.

Karl-Josef Laumann ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfraktion.

CLEMENT: JOBKILLER NR. 1 IN DEUTSCHLAND

Die Lage in Deutschland ist zutiefst besorgniserregend.

Mit 5,17 Millionen registrierten Arbeitslosen hat die März-Arbeitslosigkeit einen neuen Höchststand erreicht. Gleichzeitig geht die reguläre Beschäftigung seit nunmehr 44 Monaten ununterbrochen zurück. Alle 31/2 Minuten ist im vergangenen Jahr ein Arbeitsplatz vernichtet worden. Einen solchen Aderlass hat der deutsche Arbeitsmarkt seit über 70 Jahren nicht mehr erlebt.

Wolfgang Clement ist als verantwortlicher Minister für die Wirtschaftsentwicklung der Jobkiller Nummer Eins in Deutschland.

Angesichts dieser Entwicklung fordere ich Rot-Grün auf, sofort allen ideologischen Ballast über Bord zu werfen und alle Ampeln auf mehr Beschäftigung zu stellen. Wir brauchen keine weitere „Betroffenheitspolitik“, sondern ein handfestes Zupacken für mehr Arbeitsplätze.

Sozial ist, was Arbeit für alle schafft. Das ist die zentrale Richtlinie für die Poli-

tik. Deshalb muss alles, was Beschäftigung eingeschränkt hat, zurückgenommen und alles, was mehr Arbeit schafft, sofort beschlossen werden.

Hierzu zählen vor allem die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bereits zum 1. Juli um 1,5 Prozentpunkte, die vollständige Überarbeitung des Antidiskriminierungsgesetzes und ein grundsätzlicher Neuanfang im Steuerrecht.

Ronald Pofalla ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Klares Ja zur Studienförderung!

Die Studienförderung ist ein unverzichtbares Mittel des sozialen Ausgleichs.

Sie ist notwendig, um allen, die dazu befähigt sind, ein Studium zu ermöglichen. Die Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhaltes der Studierenden muss so gestaltet werden, dass Studierwillige nicht vom Studium abgeschreckt und Studierende nicht zu einer Erwerbsarbeit zu Lasten der Konzentration auf das Studium gezwungen werden. Die Entscheidung, ein Studium aufzunehmen, darf



CDU-Generalsekretär Volker Kauder

vor allem nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern.

Es ist unter Hochschulperten heute völlig unstrittig, dass das System der Stu-

dienfinanzierung in Deutschland im Blick auf die Sozialverträglichkeit, aber auch im Hinblick auf die Sicherung der Qualität von Studium und Lehre nicht mehr zufrieden stellen kann. Hier ist eine Reform dringend erforderlich. Die CDU prüft daher, ob beide Ziele durch eine sinnvolle Kombination von BAföG, Bildungs sparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige erreicht werden können.

S-H: KOALITIONSVERHANDLUNGEN AUFGENOMMEN

CDU und SPD in Schleswig-Holstein haben sich auf einen straffen Zeitplan zur Bildung ihrer geplanten Großen Koalition geeinigt.

Die Verhandlungspartner vereinbarten, in sieben Verhandlungsgruppen die Details einer Zusammenarbeit auszuarbeiten. Bis Mitte April soll der Koalitionsvertrag ausgearbeitet sein. „Ich bin sicher, dass zügig gearbeitet wird“, sagte der CDU-Landesvorsitzende Peter Harry Carstensen. Beide Parteien hätten sich auf drei Schwerpunkte einer großen Koalition geei-

nigt: Die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Abbau von Schulden und bessere Bildungschancen für Kinder hätten Vorrang vor anderen Themen. Sowohl Carstensen als auch

SPD-Landeschef Möller gehen unterdessen von einer schwierigen Haushaltslage aus. Der CDU-Landesvorsitzende rechnet nach eigenen Angaben mit einem Defizit in Höhe von bis zu 1,5 Milliarden Euro. Auch im Jahr



Peter-Harry Carstensen

2006 werde wohl kein verfassungskonformer Haushalt erreicht. Angesichts der Finanzlage sei der Spielraum einer großen Koalition eingeschränkt, betonte Carstensen. Der Koalitionsvertrag soll am 23. April von Landesparteitagen gebilligt werden. Peter Harry Carstensen soll dann in der Landtagsitzung am 27. April zum neuen Ministerpräsidenten gewählt werden.

Bilanz

Schröder ist Schlusslicht-Kanzler

Die aktuelle Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission zeigt: Mit Rot-Grün läuft Deutschland allen anderen EU-Ländern weiter hinterher.

Gerhard Schröder ist der Schlusslicht-Kanzler:

■ **Beim Wirtschaftswachstum.**

Deutschlands Wirtschaft wird 2005 mit nur 0,8 % Wachstum weiter zurückfallen - keiner in Europa wächst langsamer. In fast allen anderen EU-Ländern geht's mit Wachstumsraten von mehr als 2 % aufwärts.

■ **Bei der Arbeitslosigkeit.**

Mit einer Arbeitslosenquote von 9,7 % liegt Deutschland 2005 in der europäischen Schlusslichtgruppe. Nur in Spanien, Griechenland, Litauen, Polen und der Slowakei sind noch mehr Menschen arbeitslos.

■ **Beim Wohlstand.**

In fast allen EU-Staaten wird das Arbeitnehmerinkommen 2005 wachsen. In Deutschland dagegen werden die Arbeitnehmer 0,8 % weniger in der Tasche haben als 2004. Auch hier ist Deutschland EU-Schlusslicht.

■ **Bei den Investitionen.**

Der Staat gibt in Deutschland nur 1,4 % der Wirtschaftsleistung (BIP) für Investitionen aus - das ist der traurige vorletzte Platz in der EU. Die meisten Nachbarländer investieren um 3 % ihres BIP.

■ **Bei der Arbeitsproduktivität.**

Auch bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität (BIP pro Beschäftigtem) fällt Deutschland weiter zurück. Hier stagniert unser Land bei nur 0,1 % und landet damit erneut auf dem letzten Platz in der EU.

FAZIT: Rot-Grün bremst das Wachstum und macht die Menschen in Deutschland ärmer.

Die Vorschläge der Union liegen mit dem „Pakt für Deutschland“ auf dem Tisch. Kernpunkte sind niedrigere Lohnnebenkosten, mehr betriebliche Bündnisse und ein radikaler Bürokratieabbau.

Es ist Zeit für eine bessere Politik. Unser Konzept für mehr Arbeit: www.pakt-fuer-deutschland.de

Besser für die Menschen.

CDU

Stabilitätspakt

Nicht aufweichen!

Die von den EU-Finanzministern beschlossene Aufweichung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes lehnt die CDU strikt ab.

Die Brüsseler Beschlüsse seien „eine Einladung, ja geradezu eine Aufforderung, neue Schulden zu machen“, erklärte CDU-Generalsekretär Volker Kauder. Einmal mehr gehe die Politik der Bundesregierung zu Lasten der nachfolgenden Generationen.

Schlechtes Signal

Rot-Grün habe mit ihrem Verhalten ein „schlechtes Signal“ gegeben, unterstrich Kauder. Erneut spalte der Kanzler die Gesellschaft in „Menschen mit Chancen und Chancenlose“. Der CDU-Generalsekretär machte deutlich, dass durch die Brüsseler Beschlüsse höhere Zinsen und Inflation drohten. Bei der Einführung des Euro hätten Bundestag und Bundesrat den Menschen versprochen, dass der Euro so hart und so stabil bleiben werde wie die D-Mark. Stattdessen bestehe jetzt die Gefahr,

dass aus dem Euro „Schröders Weichwährung“ werde. Hätten die Menschen jedoch erst einmal ihr Vertrauen in die Geldwertstabilität verloren, führe dies sicherlich nicht zu mehr Arbeitsplätzen, mahnte Kauder.

Disziplin notwendig

Zudem drohe jetzt eine „Verlotterung der Disziplin“, kritisierte der CDU-Politiker. Wenn die neuen EU-Staaten in die Eurozone aufgenommen würden, könnten sie versucht sein, sich an der Schuldenpolitik Deutschlands zu orientieren. Die Beschlüsse von Brüssel seien daher „der völlig falsche Weg“. In diesem Zusammenhang erinnerte Kauder an Aussagen von Finanzminister Eichel aus 2002 und 2003. Damals habe Eichel gesagt, dass sich der Bundeskanzler einen neuen Finanzminister suchen müsse, wenn Deutschland 2004 die Maastricht-Kriterien wieder nicht einhalte. „Daran wird sich Eichel nicht mehr erinnern wollen“, erklärte Kauder. Dabei wäre es an der Zeit, nicht nur einen

neuen Finanzminister zu suchen, sondern eine neue Bundesregierung. Der Generalsekretär sagte weiter, angesichts der schwierigen Haushaltslage habe Rot-Grün den leichten Ausweg gewählt und sich entschieden, die selbstverschuldeten Finanznöte durch eine Aufweichung der Maastricht-Kriterien zu lösen. Die Bundesregierung habe „versagt“ und bekomme „die Probleme deshalb nicht in den Griff“, weil sie sich den „notwendigen Strukturreformen immer verschlossen“ habe, bekräftigte Kauder. Zuletzt habe sich dies beim „Pakt für Deutschland“ gezeigt. „Kraftlos und saftlos“ agiere Rot-Grün.

Der CDU-Politiker betonte, dass es sich bei Rot-Grün um ein Auslaufmodell handle. Inzwischen sei erkennbar, dass die Bundesregierung „auf die Herausforderungen der Zeit keine Antwort weiß“. Zugleich warnte er die Union vor Übermut. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai habe die CDU noch nicht gewonnen. „Wir müssen weiter kämpfen“. Vor Wahlen sei „Demut, nicht Hochmut“ angeagt.

Bedauerlicher Rückschritt!

Als bedauerlichen Rückschritt in der europäischen Währungsstabilität hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die Einigung der europäischen Finanzminister zu einer Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bezeichnet.

Damit hätten große Länder, insbesondere Deutschland, ihre Position gegenüber den kleineren Ländern letztlich durchsetzen können. Die Tatsache, dass ausgerechnet Deutschland, das sich immer für die Währungsstabilität und den Stabilitätspakt stark gemacht hatte, jetzt zu einem Anwalt einer weichen Auslegung des Paktes mache, sei nicht nur ein weiterer Beweis für die schwache Wirtschafts-



Hans-Gert Pöttering

und Finanzpolitik der jetzigen Bundesregierung, es werde vor allem auch der Glaubwürdigkeit und politischen Zuverlässigkeit Deutschlands in der EU schaden.

Als Erfolg für Ratspräsident Juncker wertete Pöttering jedoch, dass es ihm gelungen sei, die Grenzwerte des Paktes nicht anzutasten und die flexible Auslegung des Paktes auf vorü-

bergende und nahe am Grenzwert bleibende Überschreitungen zu begrenzen.

„Entscheidend für die Zukunft des Paktes ist es jetzt, dass die Rolle der Kommission im Defizit-Verfahren nicht eingeschränkt wird. Wenn die Regierungen über die Anwendung der Flexibilität entscheiden und sich gegenseitig Disziplinlosigkeit genehmigen, dann wird der Pakt nach und nach ausgehöhlt werden“, warnte Pöttering. Er appellierte an die Staats- und Regierungschefs bei dem anstehenden EU-Gipfeltreffen die Rolle der Kommission im Defizitverfahren zu bestätigen und zu stärken. Dies sei die einzige Möglichkeit der Schadensbegrenzung angesichts der Entscheidung der europäischen Finanzminister.

ERKLÄRUNG DES EZB-RATS

„Der EZB-Rat ist ernsthaft besorgt über die Vorschläge zur Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Es muss vermieden werden, dass Änderungen bei den Korrektivmaßnahmen das Vertrauen in den finanzpolitischen Rahmen der Europäischen Union und in tragfähige öffentliche Finanzen in den dem

Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten erschüttern. ...

Eine solide Finanzpolitik und eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sind für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion von grundlegender Bedeutung. Sie sind Voraussetzung für gesamtwirtschaftliche Stabilität,

Wachstum und Zusammenhalt im Euro-Währungsgebiet. Es ist unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und der Rat der Europäischen Union die überarbeiteten Regelungen strikt und konsequent so umsetzen, dass sie einer umsichtigen Finanzpolitik dienlich sind.“

EU-Waffenembargo gegenüber China nicht aufheben!

Bundeskanzler Schröder spricht sich weiterhin für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China aus.

Erstmals im Dezember 2003 hat Schröder in China diese Forderung erhoben, ohne sich vorher mit den europäischen Partnern abzustimmen. Schröder stört sich auch nicht an einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom Oktober 2004, in dem das Parlament Voraussetzungen für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos aufgestellt hat, die nach Ansicht führender Politiker der Regierungskoalition nicht erfüllt sind. Damit zeigt Schröder einmal mehr, dass die im rot-grünen Koalitionsvertrag postulierte zentrale Bedeutung der „weltweiten Durchsetzung von Menschenrechten“ für ihn lediglich ein Lippenbekenntnis oder „Gedöns“ sind.

Die CDU fordert, das EU-Waffenembargo gegenüber China beizubehalten.

Hierfür sprechen mehrere Gründe:

1. Das Waffenembargo wurde 1989 erlassen, nachdem

auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Protest- und Demokratiebewegung in der Volksrepublik China gewaltsam niedergeschlagen worden ist. Es war als ein eindeutiges politisches Signal an die Führung der Volksrepublik China gedacht. Seitdem hat sich die Menschenrechtslage in der Volksrepublik China nicht derart gebessert, dass die Signalwirkung einer Aufhebung gerechtfertigt wäre. Nach wie vor sind die verurteilten Tiranen-Demonstranten in Haft, religiöse und ethnische Minderheiten sowie Oppositionelle werden weiter diskriminiert und verfolgt, die Todesstrafe wird öfter vollstreckt als in jedem anderen Land der Welt. Ebenso wird der Wunsch der Tibeter nach kultureller Autonomie gewaltsam unterdrückt.

2. Auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten wäre eine Aufhebung in dieser Zeit ein verheerendes Signal. Am 14. März 2005 hat der chinesische Nationale Volkskongress ein Gesetz verabschiedet, in dem Taiwan mit „nichtfriedlichen Mitteln“ gedroht wird, falls

sich die Insel, die von der Volksrepublik China als abtrünnige Provinz angesehen wird, für unabhängig erklären sollte. Die Erklärung des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, das Gesetz solle lediglich die friedliche Wiedervereinigung der Volksrepublik Chinas und Taiwans fördern, ist unglaubwürdig. Es hat bereits die Spannungen an der Straße von Taiwan erhöht. Dieses Antisessionsgesetz will einschüchtern und ist in Wahrheit ein Kriegsermächtigungsgesetz.

3. Die Volksrepublik China erhöht ihren Verteidigungsetat seit mehreren Jahren jährlich offiziell im zweistelligen Prozentbereich. Das Land, das nicht zuletzt aufgrund seiner Verfügung über Atomwaffen keinen Angriff von Außen zu befürchten braucht, rüstet – nicht zuletzt im maritimen Bereich – massiv auf. Angesichts des Antisessionsgesetzes stellt sich mit Nachdruck die Frage, welche Ziele China mit dieser Aufrüstung verfolgt.

4. Die Vereinigten Staaten von Amerika, enger Verbün-

deter der Bundesrepublik Deutschland, sind seit Jahrzehnten Garant für Stabilität im Fernen Osten und nicht zuletzt für die territoriale Integrität Taiwans, aber auch Japans und Südkoreas. Die Möglichkeit, dass amerikanische Soldaten, die die Sicherheit Taiwans vor einer gewaltsamen Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China gewährleisten sollen, mit Waffen, die aus europäischer Produktion stammten bzw. mit Hilfe europäischer Technologie entwickelt worden wären, angegriffen würden, ist inakzeptabel. Die amerikanische Verärgerung über die Pläne der rot-grünen Bundesregierung, das Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China aufzuheben, ist verständlich. Wer, wie die Bundesrepublik Deutschland, über Jahrzehnte die militärische Stärke der Vereinigten Staaten als Schutzmacht in Anspruch genommen hat und noch immer in Anspruch nimmt, darf die Soldaten des Verbündeten nicht durch eigene Waffen gefährden.

5. Das von Befürwortern der Aufhebung des EU-Waffenembargos vorgebrachte Argument, die Aufhebung des Waffenembargos würde keinerlei Veränderung der Situation zur Folge haben, weil



Armin Laschet



Elmar Brok

dann der 'strenge' europäische Verhaltenskodex für Rüstungsexporte greifen würde, geht fehl. Erstens missachtet es die politische Signalwirkung. Zweitens stellt sich die Frage, warum dann überhaupt eine Aufhebung des Waffenembargos angestrebt wird. Drittens ist der europäische Verhaltenskodex eben noch nicht ausreichend streng gefasst. Nicht zuletzt entfaltet er keine rechtliche Bindungswirkung.

Die Aufhebung des EU-Waffenembargos steht im Widerspruch zu den selbst erklärten Zielen rot-grüner Menschenrechtspolitik, zu den Zielen einer vorausschauenden, auf langfristige Stabilität abzielenden Außenpolitik und nicht zuletzt zu dem Interesse an einer funktionierenden transatlantischen Partnerschaft. Diese Ziele wiegen schwerer als vermeintliche wirtschaftliche Vorteile durch Exporte nach

China. Wer – wie Gerhard Schröder – eine globale Rolle für die EU fordert, sollte auch strategisch verantwortungsvoll handeln. Davon aber ist Gerhard Schröder weit entfernt. Eine strategische Vision für den fernöstlichen Raum und eine Konzeption für einen effektiveren Rechtsstaatsdialog fehlen der rot-grünen Bundesregierung.

Die CDU fordert, dass sich die Bundesregierung in den europäischen Institutionen und insbesondere auf den Europäischen Räten am 22./23. März und 16./17. Juni 2005 dafür einsetzt, dass das EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China nicht aufgehoben wird.

Armin Laschet MdEP ist Vorsitzender des Bundesausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte, **Elmar Brok** MdEP Vorsitzender des Bundesausschusses Europa-politik.

Rot-Grün: Zumutung für die Rentner

Seit Rot-Grün für die Rentenkasse zuständig ist, geht es immer weiter bergab.

In ständiger Regelmäßigkeit wird die tatsächliche Lage schön gerechnet und so lange dementiert und den Menschen Sand in die Augen gestreut, bis es einfach nicht mehr verheimlicht werden kann, dass etwas getan werden muss. So sieht es auch dieses Jahr wieder aus. Obwohl namhafte Sachverständige die Regierung auf die dramatische Situation des Wegbrechens der Einnahmen aufmerksam gemacht haben, versichert Ulla Schmidt, der Beitragssatz von 19,5 % werde gehalten und für Prognosen über die Einnahmeentwicklung sei es



Wolfgang Zöllner

doch noch viel zu früh. Mittlerweile gibt sie aber zu, dass es 2005 wieder keine Erhöhung der Renten geben wird.

Das ist das typische Reaktionsmuster dieser Regierung. Sie ist eine Getriebene ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik und ihrer geschönten Annahmen. Doch statt vernünftiger und langfristig tragender Konzepte werden immer nur die akuten Löcher gestopft. Bald ist das Hemd

der Rentenversicherung, das ja bekanntlich auf Kante genäht ist, so geflickt, dass weitere Notmaßnahmen nur mehr über einen Griff in den allgemeinen Staatshaushalt möglich sind.

Eine Institution wie die Rentenversicherung muss aber vertrauenswürdig sein, damit die Menschen sie nicht in Frage stellen. Die Rentner haben im letzten Jahr bereits Einbußen hinnehmen müssen, dieser Trend setzt sich in diesem Jahr fort. Auch für 2006 sehe ich, nach den jüngsten Konjunkturprognosen, keinen Spielraum für eine Rentenerhöhung. Wie viel mutet Rot-Grün den heutigen und den künftigen Rentnern eigentlich noch zu?

Wolfgang Zöllner ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Über einen ganz besonderen Gast im Konrad-Adenauer-Haus freute sich CDU-Generalsekretär Volker Kauder.

Rainer Barzel, der ehemalige Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war der Einladung des Generalsekretärs zu einem Besuch in der Bundesgeschäftsstelle gern gefolgt. Kurz zuvor hatten beide Spitzenpolitiker gemeinsam in einer Sabine-Christiansen-Sendung die CDU vertreten. Einem Rundgang durch die Parteizentrale folgte ein Vieraugengespräch über die Historie der CDU. Worum es genau ging? „Unter anderem über Wahlkampfplakate,“ so Generalsekretär Kauder mit einem Augenzwinkern.



Wachstumsprognose: Keine Trickserien!

Wieder einmal hat die Bundesregierung einen deprimierenden Rekord aufgestellt: Deutschland – so sagt die Europäische Kommission – ist Schlusslicht beim Wachstum in der Europäischen Union.

Mit nur 0,8 Prozent und damit gerade einmal der Hälfte des erwarteten Wachstums in den EURO-Ländern bleibt die Schröder-Regierung weiterhin der große wirtschaftliche Bremsfaktor in Europa. Dass das deutsche Staatsdefizit nach der EU-Frühjahrsprognose mit 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts den Maastrichter Referenzwert



Dagmar Wöhrl

zum vierten Mal in Folge nicht einhalten wird, gehört mittlerweile zur fatalen Tradition der rot-grünen Finanzpolitik.

Mit den neuen Zahlen werden die von der Bundesregierung ignorierten Prognosen anderer Institute eindrucksvoll bestätigt. Und sie zeigen zweierlei: Zum einen sind die wirtschaftli-

chen Probleme Deutschlands nicht internationalen Entwicklungen geschuldet, sondern hausgemacht. Zum anderen wird deutlich, dass von einem beschäftigungswirksamen Wachstum keine Rede sein kann. Anders, als es die Gesundheitsbetriebe von Wolfgang Clement weismachen will, ist eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt nicht in Sicht, sondern weiter entfernt als je zuvor.

Angesichts der katastrophalen Lage bei den Arbeitslosen ist eine Wende in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überfällig. Die Union hat mit dem „Pakt für Deutschland“ ein Sofortprogramm für einen solchen wirtschaftlichen Neuanfang vorgelegt.

SENIOREN-UNION WEIST „ANBIEDERUNG“ DER GRÜNEN ZURÜCK

Der Versuch der parlamentarischen Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Irmingard Schewe-Geirgk, die Senioren-Union mit ihrer Kritik an der Diskriminierung älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt für die politischen Zwecke der Bundesregierung zu instrumentalisieren, ist von der Senioren-Union der CDU Deutschlands scharf zurückgewiesen worden. Nach einer Sit-

zung des Bundesvorstandes der CDU-Seniorenorganisation erklärte deren Vorsitzender, Otto Wulff, in Rostock:

„Die Kritik der Senioren an der Situation auf dem Arbeitsmarkt kann nicht in eine Zustimmung zum Rot-Grünen Anti-Diskriminierungs-Gesetzentwurf umgefälscht werden. Dieses



Otto Wulff

Gesetz - träte es denn in Kraft - würde kein einziges der Probleme älterer Menschen lösen. Im Gegenteil: mit einem solchen bürokratischen Monstrum - z. B. im Bereich

des Mietrechts - würden wiederum tausende von Arbeitsplätzen vernichtet, worunter insbesondere die über 50-jährigen zu leiden hätten.“

Zu einer radikalen Wende gehört aber zunächst einmal ein ehrlicher Umgang mit der Wirklichkeit. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, ihre offenkundigen Zahlentricksereien einzustellen und bei ihren Prognosen endlich von realistischen Zahlen auszugehen. Mit ihrer eigenen Wachstumsprognose, die sie nun aktualisieren will, könnte sie dabei einen Anfang machen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.

Nachtragshaushalt sofort!

Die drastisch nach unten revidierte Wachstumsprognose der EU-Kommission zeigt, dass jetzt schnelle Sparanstrengungen erforderlich sind.

BERNHARD VOGEL WIEDERGEWÄHLT



Bernhard Vogel

Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel steht auch in Zukunft der Konrad Adenauer-Stiftung als ehrenamtlicher Vorsitzender vor.

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung wur-

Die Union fordert den Bundesfinanzminister auf, umgehend deutliche Einsparungen im Bundeshaushalt 2005 vorzunehmen, damit Deutschland tatsächlich die 3%-Defizitgrenze in diesem Jahr einhalten kann. Das Argument Eichels, er wolle der schwächeren Konjunktur nicht „hinterher sparen“, ist eine faule Ausrede. Er will damit vertuschen, dass der rot-grünen Regierung die Kraft fehlt, spürbare Leistungskürzungen vorzunehmen. Nicht immer höhere Schulden fördern das wirtschaftliche Wachstum, sondern geringere Schulden und Schuldenabbau. Nur so kann das Vertrauen der Bürger und Investoren gestärkt werden.

Mit ihrer Wachstumsrevision folgt die EU-Kommission den deutlich gedämpften Wachstumsprognosen der

den auch die Stellvertreter des Vorsitzenden bestätigt: Die an der Technischen Universität Chemnitz lehrende Professorin für Internationale Politik, Frau Professor Dr. Beate Neuss, der frühere Staatsminister im Bundeskanzleramt, Anton Pfeifer, und der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Dr. Norbert Lammert MdB.



Dietrich Austermann

führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland. Und auch die Bundesregierung wird nicht umhin kommen, ihre optimistische BIP-Steigerung von 1,6% deutlich abzuspicken. Je früher Rot-Grün den konjunkturellen Realitäten ins Auge schaut, desto besser für unser Land. Jetzt ist noch die Zeit, damit Einsparungen auch im laufenden Haushalt wirksam werden können. Die Union fordert Rot-Grün auf, so schnell wie möglich einen Nachtragshaushalt vorzulegen, mit dem die erforderlichen Kürzungen auf der Ausgabenseite vorgenommen werden. Das lange Hinwarten, wie wir es aus den vergangenen Jahren von Rot-Grün kennen, führt nur dazu, dass auch dieser Haushalt wie die letzten drei Haushalte im Schuldenfiasco endet.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der Fraktionssprecher.

BACDJ

Antidiskriminierungsgesetz diskreditiert die Freiheit

Der **Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)** fordert:

- den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Antidiskriminierungsrichtlinien zurückzuziehen und sich bei der Umsetzung der europäischen Richtlinien auf das europarechtlich unbedingt notwendige zu beschränken,

- durch entsprechende politische Initiativen darauf hinzuwirken, dass auf europäischer Ebene die Rangfolge von Freiheit vor Gleichheit wiederhergestellt wird.

Kaum ein Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen hat in der vergangenen Zeit zu so heftigen Diskussionen geführt wie der Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes. Vorgeblich soll mit dem Gesetz lediglich EG-Recht umgesetzt werden. Der Entwurf beschränkt sich aber nicht auf die bloße Umsetzung der vier europäischen Richtlinien, sondern sattelt nationale neue Regelungen drauf. Er stellt damit den Kern unserer historisch gewachsenen Werteordnung auf den Kopf. Der kontinentaleuropäische und auch



Norbert Röttgen ist BACDJ-Vorsitzender

deutsche Grundsatz der Privatautonomie wird durch die europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien und – unter Erweiterung deren Geltungsanspruchs – durch den vorliegenden Gesetzesentwurf ausgehöhlt. Die private Willensfreiheit wird faktisch ausgehebelt, weil ihre Ausübung Rechtfertigungszwängen (Beweislastumkehr) ausgesetzt wird. Wer als Privater seinen Willen ausübt, muss nach dem Entwurf des Gesetzes seine Entscheidungen gegenüber jedem durch die neuen Regelungen Geschützten rechtfertigen, wenn er ihn oder sie z.B. bei der Vergabe eines Arbeitsplatzes, der gewerblichen Vermietung einer Wohnung

auch nur vermutlich benachteiligt. Darin liegt langfristig eine gesellschaftspolitische Sprengkraft.

Der Gesetzesentwurf sieht neuartige Unterlassungs- und Schadensersatzklagen – auch von selbsternannten „Antidiskriminierungsverbänden“ – vor, und provoziert damit eine unabsehbare Prozessflut. Das zwingt die Wirtschaft zu bürokratischen und teuren Gegenmaßnahmen, um vor Gericht ihre „Unschuld“ zu beweisen, z.B. einer umfassenden Dokumentation von Bewerbungen, Bewerbungsgesprächen und den Gründen für die Bewerberauswahl bei der Vergabe von Arbeitsplätzen.

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden. Er lähmt die wirtschaftliche Handlungsfreiheit. Er gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung und den sozialen Frieden in Deutschland. Der Gesetzesentwurf ist der rote grüne Versuch, unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung nach dem Grundgesetz durch den „Tugendterror à la Robespierre“ zu ersetzen – „nur ohne Schafott“ (Stefan Dietrich, FAZ v. 21.12.2004).

Alles rund ums Büro!



Untangler

gegen verdrehte Telefonschnüre

Bestell-Nummer: **9694**

Preis je **Stück: 5,10 €**

inkl. MwSt.: 5,92 €



CDU-Memoclip

mit Lasergravur

Bestell-Nummer: **9747**

Preis je **5 Stück: 7,90 €**

inkl. MwSt.: 9,16 €



Sonderpreis

Rollbandmaß

2 m



Bestell-Nummer: **9834**

Preis je **5 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €

Flaschenöffner

Bestell-Nummer: **9835**

Preis je **10 Stück: 8,80 €**

inkl. MwSt.: 10,21 €



CDU-Haftnotizblock

Format 8 x 8 cm

Bestell-Nummer: **9633**
 Preis je **100 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 52,20 €



Notizblock

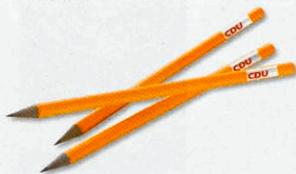
Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**
 Preis je **50 Stück: 28,00 €**
 inkl. MwSt.: 32,48 €



Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,66 €



Sonderpreis

CDU-Caplessroller

Bestell-Nummer: **9655**
 Preis je **Stück: 2,80 €**
 inkl. MwSt.: 3,25 €



Sonderpreis

Notizblock

DIN A4

Bestell-Nummer: **9854**
 Preis je **20 Stück: 8,00 €**
 inkl. MwSt.: 9,28 €

DIN A5

Bestell-Nummer: **9855**
 Preis je **20 Stück: 5,00 €**
 inkl. MwSt.: 5,80 €





Leporello „Anpacken statt abwarten! 50 Ideen für mehr Wachstum“

- 50 konkrete Ideen für mehr Wachstum und Arbeit
- Deutschland im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn
- In den unionsgeführten Bundesländern läuft's besser

Bestell-Nummer: **2195**

Preis je **50 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 9,63 €

Neu!



Postkarte „Rekordarbeitslosigkeit, und Schröder gibt auf“

Bestell-Nummer: **9197**

Preis je **50 Stück: 5,35 €**

inkl. MwSt.: 5,72 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 0 5241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de